

Stellungnahme

Zum geplanten Umbau des Standorts Tegel und den neuen Beschlüssen zur Unterbringung geflüchteter Menschen in Berlin

Als Organisation, die sich für menschenwürdige Aufnahmebedingungen einsetzt, begrüßen wir ausdrücklich das Ende der Zeltunterbringung in Tegel. Zelte sind keine geeignete Wohnform, insbesondere nicht für vulnerable Menschen und über lange Zeiträume hinweg. Der Schritt hin zu besseren Unterbringungsformen ist längst überfällig. Menschen leben heute bereits teilweise seit zwei Jahren in der Massenunterkunft Tegel. Die Bedingungen in dieser Unterkunft sind in jeglicher Hinsicht katastrophal. Tegel ist Unort und gehört abgeschafft.

Kritisch sehen wir jedoch die geplante Kapazität von 2.600 Plätzen für ein sogenanntes „Ankunftszentrum“ am selben Standort. Die Konzentration vieler Menschen in großen Einrichtungen, insbesondere am Rand der Stadt, widerspricht dem erklärten Ziel der Dezentralisierung. Große Sammelunterkünfte schaffen Abhängigkeit, Isolation, Gewalt, Krankheiten und erschweren gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere wenn sie mit restriktiven Verfahren wie Screening oder sogenannter „Bleibeperspektive“ verknüpft werden.

Die geplante Umsetzung der GEAS-Reform bereitet uns große Sorgen. Unter dem Deckmantel eines einheitlichen Verfahrens droht eine massive Einschränkung des individuellen Asylrechts – inklusive Schnellverfahren, eingeschränkter Rechtsmittel und unter Umständen haftähnlicher Unterbringung. Wenn Menschen mit angeblich „schlechter Bleibeperspektive“ künftig in Tegel verbleiben sollen, stellt sich die Frage: Wird hier de facto eine de facto Abschiebehäft geschaffen? Wir lehnen jede Form der Inhaftierung schutzsuchender Menschen ab. Für uns ist relevant, dass die Menschen sich frei bewegen können und die Anlage verlassen können und nicht dort gefangen sind.

Wir appellieren hier an die Stadt Berlin, alle rechtlichen Spielräume, die ihnen durch europäisches Recht gelassen werden so positiv wie möglich umzusetzen, um eine menschenwürdige Einwanderungsstadt Berlin weiter zu ermöglichen. Berlin ist eine „[moving city](#)“, also eine solidarische Stadt und sollte sich daran erinnern, dass hier schon immer konstant mit dem Thema Migration und Flucht umgegangen wurde. Menschen zu entrechteten, einzusperren und über Monate in Abschiebehäft zu belassen würde dazu auf jeden Fall nicht passen.

Auch die Erweiterung des Standorts Tempelhof auf über 3.000 Plätze sehen wir kritisch. Selbst wenn dabei Wohncontainer in Holzbauweise genutzt werden. Größe und Struktur solcher Unterkünfte spielen eine entscheidende Rolle. Entscheidend ist, ob Schutzsuchende Zugang zu Beratung, Bildung, medizinischer Versorgung und Privatsphäre haben und ob sie sich in die Stadtgesellschaft einbringen und von ihr profitieren können.

Wir begrüßen, dass in der Task-Force der Begriff der dezentralen Unterbringung betont wird und neue dezentrale Plätze angekündigt wurden. Entscheidend ist aber nicht die Rhetorik, sondern die Umsetzung. Wenn CDU und SPD in dieser Frage uneins sind, muss sich zeigen, ob es echten politischen Willen gibt, menschenwürdige Lösungen zu schaffen – oder ob das Konzept dezentraler Unterbringung zur reinen PR-Maßnahme verkommt. Dabei möchten wir anmerken, dass Unterbringungen von 800 – 1800 Bewohnenden für uns nicht als „dezentral“ gelten, vor allem, wenn dann auch noch die Beschulung an diesen Orten stattfinden soll. Damit unterstützt Berlin sehendesn Auges, dass Menschen innerhalb dieses Systems Unterkunft verbleiben und es immer schwieriger wird, Anschluss an die Aufnahmegesellschaft zu bekommen. Auch muss der Sozialraum rings um die Unterkünfte im Gleichschritt gestärkt und aufgewertet werden, da ein konzentrierter Zuzug in häufig Strukturschwache Bezirke häufig geflüchtete und bereits vorher da gewesene in Bedrängnis bringen.

Das bedeutet, dass nun eine echte Schulbauoffensive starten muss und dass Menschen aktiv beim Auszug unterstützt werden sollten. Hier könnte durch die SenASGIVA das Mietreferat massiv aufgestockt werden, um Auszüge aus Unterkünften, die das LAF betreibt, zu forcieren, auch wenn die Menschen beim Jobcenter bereits sind.

Wir fordern:

- die konsequente Förderung von dezentralem Wohnen in Wohnungen und kleineren Unterkünften, Zugang zu WBS vom Tag eins
- transparente Information über die Umsetzung der GEAS-Reformen in Berlin,
- keine Internierung von Menschen auf Grundlage pauschaler Bleibechancen,
- und ein Ende von Massenunterkünften als Dauerlösung.

Menschen fliehen nicht freiwillig. Sie verdienen Schutz, Würde und faire Verfahren. Berlin muss hier mit gutem Beispiel vorangehen